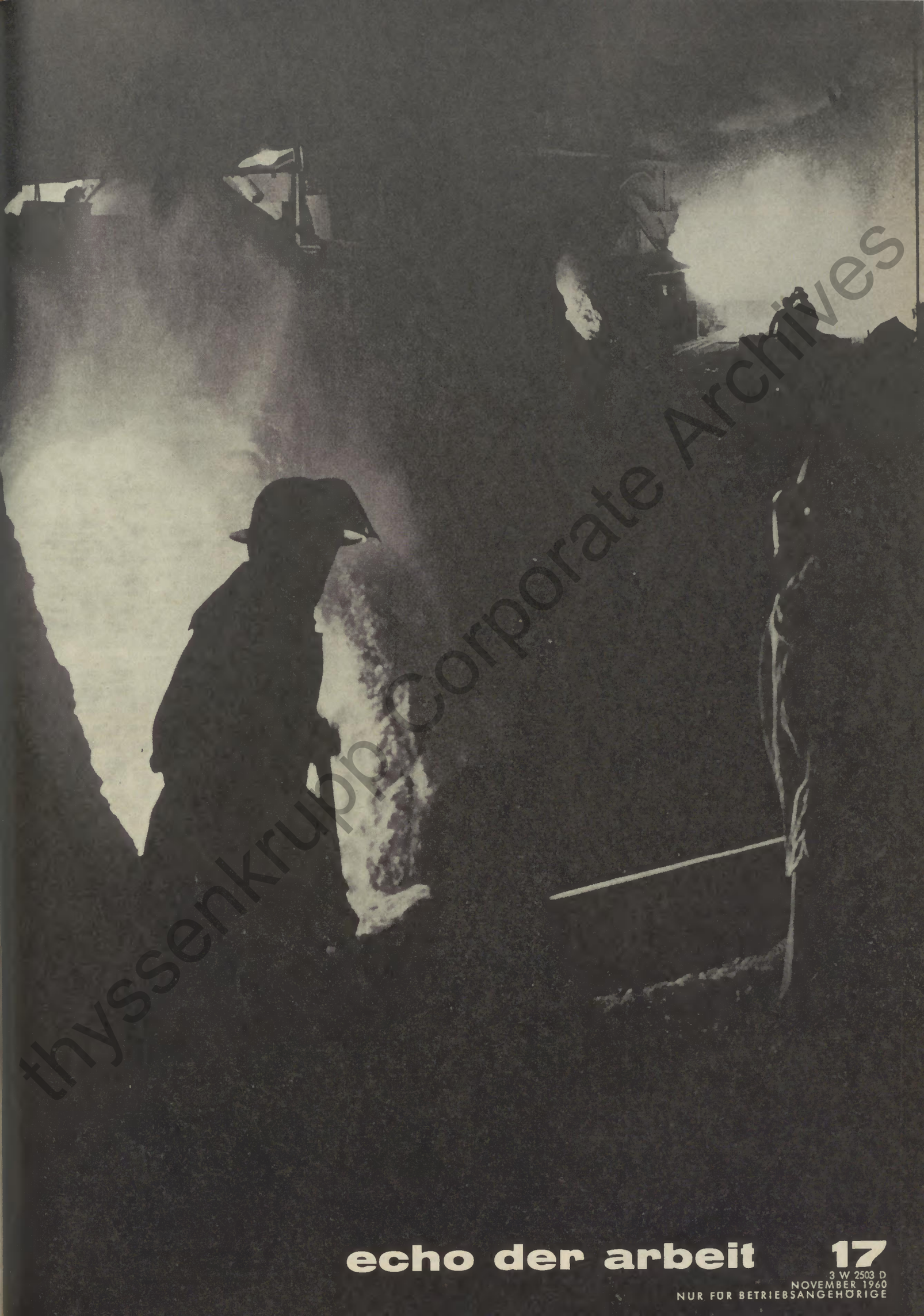


thyssenkrupp Corporate Archives

echo der arbeit 17
3 W 2503 D
NOVEMBER 1960
NUR FÜR BETRIEBSANGEHÖRIGE

17 echo der arbeit
30. NOVEMBER 1960

Herausgeber: Hüttenwerk Oberhausen AG
Verantwortlich: Direktor Karl Strohmenger
Redaktion: Karl-Heinz Sauerland
Oberhausen (Rhld.), Essener Straße 66
Telefon: 24681 — Nebenstellen 2347 und 4267

ECHO DER ARBEIT ist eine zweimal monatlich erscheinende Werkzeitschrift der Hüttenwerk Oberhausen Aktiengesellschaft. Die Zustellung erfolgt kostenlos.

Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten Oberhausen (Rhld.) + Düsseldorf
Klischees: Vignold, Essen

Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gezeichnet sind, stellen die Meinung des Autors und nicht unbedingt die der Redaktion dar.

AUS DEM INHALT

„Große Anfrage" zum Thema Sonntagsarbeit
Dreimal hat's gekracht
Ein weiches Jahr der harten D-Mark
WDR und bargeldlose Lohnzahlung
Eine neue Brücke über die Ostsee
„Jan" steht sogar am Tresen
Unsere Ideenkiste
Unser Bergbau im Zeichen des Fortschritts
Warum nicht Aktionär werden?
Ein Weg zu Europa?
Ein kleiner Ärger wiegt zwar nicht, er stört jedoch das Gleichgewicht!

ZU UNSEREM TITELBILD:

Fast wie ein Scherenschnitt wirkt dieses Schwarzweiß-Foto aus unserem Thomasstahlwerk durch seine harten Kontraste. Der Fotograf hat auf die grauen Zwischentöne fast ganz verzichtet, um die Atmosphäre der Arbeit an den Thomaskonvertern wiederzugeben. Dabei konnte er sich erlauben, auf Farbe zu verzichten, denn belebendes Element des Bildes ist in diesem Falle die Schwarzweißwirkung.



Betriebsklima
. . . einmal ganz anders

Das Wort „Betriebsklima" ist in den letzten Jahren zu einem Modewort geworden und hat dadurch vielleicht schon vieles seines ursprünglich guten Sinnes verloren. Aber trotzdem müssen wir uns immer wieder Gedanken darüber machen, wie wir uns das Leben, vor allem aber das Zusammenleben nicht noch schwerer machen, als es ohnehin schon ist.

Zusammenleben müssen wir immer, zuhause, mit unseren Nachbarn oder aber im Betrieb, und immer kommt es zum großen Teil auf uns selbst an, ob wir zufrieden oder unzufrieden sind.

Auch Jo Hanns Rösler, ein bekannter Autor, hat sich darüber Gedanken gemacht und uns diese Gedanken in seiner netten Art niedergeschrieben. Wenn wir auch hinterher schmunzeln, vielleicht waren wir selbst schon einmal jener Herr Künzelmann oder gar dessen Nachbar?



Gegen die Bosheit des Herzens steht die Güte machtlos. Der gute Wille eines Nachbarn kann keine Brücke zum Nachbarn schlagen, wenn die Brücke jenseits im Morast der Niedertracht versinkt. So erging es auch dem alten Künzelmann, der einen neuen Nachbarn bekommen hatte, der ohne jeden Anlaß Künzelmann in der übelsten Weise verleumdete und Gerüchte über ihn ausstreute, denen zufolge Künzelmann dreimal gekreuzigt und viermal gerädert gehörte, die aber jeder wahren Grundlage entbehrten.

Künzelmann, ein Freund des Friedens und der Eintracht, versuchte zunächst durch Stillschweigen, später durch eine offene Aussprache diese einseitige Feindschaft zu entwaffnen. Es gelang ihm nicht. Und als sein Nachbar eines Tages wieder verbreitete, Künzelmann hätte dies getan und jenes geäußert, blieb dem Verleumdeten keine andere Wahl, als die Hilfe des Gerichtes anzurufen. Jetzt endlich, in die Enge getrieben, bekannte der Verleumder sein Unrecht. Die offene Tür des Gefängnisses schien ihm zu nahe, als daß er nicht lieber zu Bitten und Betteln seine Zuflucht genommen hätte.

„Ich werde es bestimmt nicht wieder tun", versprach er, „ich nehme alles zurück, was ich über Sie erzählt habe!"

Künzelmann sah den andern ernst an.

„Ich habe keinen Grund, meinen Nachbarn in ein Unglück zu stürzen", erwiderte er, „jedoch verlangt jede böse Tat ihre Sühne."

„Ich bin gern zu allem bereit."

Künzelmann erhob sich, ging in den Stall und kam mit einem geschlachteten Hahn zurück. Er überreichte ihn dem Nachbarn.

„Tragt diesen Hahn in euer Haus, das hundert Schritt von dem meinen steht", befahl er, „dann kommt langsam wieder zurück und rupft den Hahn unterwegs, eine Feder nach rechts und eine nach links werfend. Dies ist der erste Teil eurer Sühne."

Der Nachbar tat, wie ihm geheißen. Und als er wieder vor Künzelmann stand und ihm den gerupften Hahn überreichte, fragte er: „Und der zweite Teil meiner Buße?"

Künzelmann antwortete: „Geht jetzt wieder den Weg in euer Haus zurück und sammelt alle Federn wieder ein."

Der Nachbar stammelte verwirrt: „Ich kann doch die Federn unmöglich wieder sammeln. Ich streute sie wahllos aus, warf eine hierhin und eine dorthin, inzwischen hat der Wind sie längst in alle Himmelsrichtungen getragen. Wie könnte ich sie alle wieder einfangen?"

Künzelmann nickte ernst: „Dies wollte ich nur hören! Genauso ist es mit der üblen Nachrede und den Verleumdungen. Einmal ausgestreut, laufen sie durch alle Winde, wir wissen nicht, wohin. Wie kann man sie also einfach wieder zurücknehmen?"

thyssenkrupp Corporate Archives

„Große Anfrage" zum Thema Sonntagsarbeit

Auf der Tagesordnung des Bundestages stand kürzlich eine Große Anfrage der FDP, durch die die Bundesregierung um Auskunft ersucht wurde hinsichtlich ihrer Pläne zur Einschränkung der Sonntagsarbeitszeit. Vor allem wollte die FDP-Fraktion wissen, ob die Bundesregierung die Auffassung teile, daß bei der Neuregelung der Sonntagsarbeitszeit in der Stahlindustrie nicht nur konfessionelle, sondern auch volkswirtschaftliche Gesichtspunkte zu berücksichtigen seien.

Bundesarbeitsminister Blank betonte in seiner Antwort, daß bei der geplanten Neuregelung die Interessen der betroffenen Unternehmen sowie die Arbeitnehmer berücksichtigt würden. Da der Minister jedoch vermied, konkret Stellung zu nehmen — z. B. sagte er nichts darüber, wie die Bundesregierung ihre Absichten verwirklichen will, ohne daß damit ein Produktions- oder Lohnausfall verbunden wäre —, wurde seine Antwort von Sprechern der Opposition als „äußerst mager" bezeichnet.

Der CDU-Abgeordnete Dr. Barzel gab hingegen zu erkennen, daß auch seine Fraktion nicht ein sofortiges Verbot der Sonntagsarbeit in der Stahlindustrie anstrebe, sondern einen Stufenplan befürworte, mit dem innerhalb einer bestimmten Frist allmählich eine Sonntagsruhe erreicht werden soll. Von Sprechern der SPD und FDP wurde diese Absicht begrüßt.

Da nicht wenige unserer Leser daran interessiert sein werden, wie man in Bonn das uns so stark berührende Problem sieht, veröffentlichen wir nachstehend einen Auszug aus dem stenographischen Protokoll der Bundestagssitzung vom 11. November.

Lenz (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Große Anfrage der Fraktion der Freien Demokraten betreffend die Regelung der Sonntagsarbeit soll dem Hohen Hause Gelegenheit geben, zu einer Frage Stellung zu nehmen, die die Öffentlichkeit seit Monaten bewegt...

Bevor ich zur Begründung unserer Großen Anfrage im einzelnen übergehe, erlauben Sie mir vorab einige grundsätzliche Bemerkungen. Alle Fraktionen dieses Hohen Hauses stehen auf dem Boden unserer Verfassung. Durch Art. 140 des Grundgesetzes ist der Art. 139 der Weimarer Reichsverfassung Bestandteil unseres Verfassungsrechts geworden. Diese Bestimmung lautet:

> *Der Sonntag und die staatlichen anerkannten Feiertage bleiben als Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung gesetzlich geschützt.*

Diese Bestimmung unserer Verfassung muß der Ausgangspunkt aller Betrachtungen des Problems der Sonntagsarbeit sein, und wir sollten uns für die Diskussion gegenseitig zugestehen, daß wir es mit der Verwirklichung dieser Bestimmung alle gleichermaßen ernst und ehrlich meinen.

Die Kirchen haben Stellung genommen. Mir scheint jedoch, daß diese Stellungnahmen der christlichen Kirchen je nach Bedarf ausgelegt und verwendet werden, so daß es zweckmäßig ist, uns das ins Gedächtnis zurückzurufen, was aus der Sicht der Konfessionen zur Sonntagsarbeit zu sagen ist.

Die evangelische Kirche hat sich an die Auffassung Luthers erinnert, der die Frage des Sonntags mehr pragmatisch und nicht dogmatisch betrachtete.

Dieser Grundhaltung entspricht die Stellungnahme, die im „Evangelischen Pressedienst" vom 21. Oktober 1960 veröffentlicht ist. Dort heißt es — ich darf mit Genehmigung des Herrn Präsidenten zitieren —:

> *1. Die Sachverständigen der Evangelischen Kirche in Deutschland haben um des Menschen willen immer um die Freistellung des Sonntags von aller vermeidbaren Arbeit gebeten. Aus diesem Grunde haben sie auch ständig in den Beratungen an die Verantwortlichen die Frage gestellt, ob und inwieweit die vollkontinuierliche Arbeitsweise vermeidbar sei. Sie haben zum Ausdruck gebracht, wirtschaftliche Gründe dürften für die Zulassung von Sonntagsarbeit nur dann ausschlaggebend sein, wenn ihre Beachtung für die Gesamtwirtschaft unerläßlich ist.*
>
> *2. Die Evangelische Kirche hat es immer wieder abgelehnt, eine Entscheidung darüber zu fällen, welche Gründe im einzelnen zwingend sein könnten, die vollkontinuierliche Arbeitsweise aufrechtzuerhalten. Dies zu entscheiden, halte sie für eine Aufgabe der unmittelbar verantwortlichen staatlichen Stellen, in deren Entscheidungsfreiheit sie nicht eingreifen wolle.*
>
> *3. Die Sachverständigen der Evangelischen Kirche haben seit langem die Regierungsstellen, Sozialpartner und Sozialpolitiker gebeten, zu entscheiden, welcher Ausfall an Produktion gesamtwirtschaftlich tragbar ist und wie sich eine Schichtplanregelung verwirklichen läßt, die die beteiligten Arbeitnehmer und ihre Familien nicht einer neuen Belastung durch Vermehrung von Springerschichten aussetzt.*

Soweit die Stellungnahme der evangelischen Kirche.

Die Stellungnahmen von katholischer Seite, die zu der uns heute beschäftigenden Frage vorgebracht werden, scheinen mir nicht ganz einheitlich zu sein. Und gewiß hat in der Diskussion mancher, ohne dazu autorisiert zu sein, auf Grund der Überschrift in der Enzyklika „Quadragesimo anno" vor dem Abschnitt 41, wo von der Machtvollkommenheit der Kirche über Gesellschaft und Wirtschaft die Rede ist. Ein Blick in unsere westeuropäischen Nachbarländer, ein Blick nach Belgien, nach Frankreich, nach Italien und nach Spanien macht uns deutlich, daß dort produziert wird wie bei uns jetzt und daß sich dort katholische Christen nicht durch die nach dem gegenwärtigen Stand der Technik notwendige Produktionsweise in ihrem Gewissen als katholische Christen belastet fühlen...

Ich habe mit tiefer Erschütterung von dem Inhalt eines Telegramms Kenntnis genommen, das die katholischen Verbände und Organisationen im Bistum Münster am 21. Oktober 1960 an den Herrn Bundeswirtschaftsminister gerichtet haben. Mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten zitiere ich aus diesem Telegramm, um Ihnen zu zeigen, wie man die Frage der Sonntagsarbeit nicht behandeln sollte:

> *Die katholische Bevölkerung hat kein Verständnis dafür, daß nach einer jahrelangen gründlichen Diskussion der Probleme plötzlich für die Bundesregierung neue Gesichtspunkte auftauchen können, die diese Verzögerung oder gar einen weiteren Schwebezustand rechtfertigen. Die katholischen Verbände und Organisationen im Bistum Münster können für sich in Anspruch nehmen, daß sie bisher nicht nur aufs engste mit der Bundes- und Landesregierung zusammengearbeitet haben, sondern auch bei allen bisherigen Wahlen eine unersetzliche staatsbürgerliche Vorfeldarbeit geleistet haben. Die Arbeitsgemeinschaft muß aber in aller Klarheit darauf hinweisen, daß einer solchen Zusammenarbeit die Vertrauensgrundlage entzogen ist, wenn Bundesregierung und CDU-Führung einem weiteren Mißbrauch des Sonntags in der Stahlindustrie Vorschub leisten. Die katholischen Verbände und Organisationen würden in diesem Falle ihre Glaubwürdigkeit nicht nur bei ihren Mitgliedern, sondern auch bei allen aufrechten Katholiken verlieren. Das gleiche würde die CDU bedenken müssen, solange sie den Anspruch erhebt, eine christliche Partei zu sein. Die Arbeitsgemeinschaft erwartet daher, daß die von Bundesminister Blank vorgelegte Verordnung über die Sonntagsarbeit in der Stahlindustrie unverzüglich und unverändert in Kraft gesetzt wird.*

Wir sollten uns gegenseitig zugestehen, meine Damen und Herren, daß wir die Auffassungen und Argumente der Kirchen mit allem Ernst prüfen, wir sollten darüber aber nicht unsere Aufgabe vergessen, nämlich zu entscheiden, welche Gründe zwingend sein könnten, die vollkontinuierliche Arbeitsweise aufrechtzuerhalten, sie noch einige Jahre aufrechtzuerhalten, oder sie fallenzulassen.

Zur Begründung unserer Anfrage im einzelnen habe ich folgendes zu sagen.

Die Frage 1 lautet: Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Regelung der Sonntagsarbeit in der Eisen- und Stahlindustrie volkswirtschaftliche Gesichtspunkte, insbesondere die Notwendigkeit der Erhaltung der Produktionskapazität, und die sich aus Frage 2 ergebenden Interessen der betroffenen Arbeitnehmer zu berücksichtigen hat?

Wir möchten von der Bundesregierung gern eine konkrete Antwort auf die Frage haben, ob sie angesichts der Produktionsbedingungen in den anderen Montanländern und in den Industriestaaten der Welt im allgemeinen und ob sie angesichts der Bedeutung der Stahlproduktionskapazität der freien Welt im Zeichen des unseligen Ost-West-Gegensatzes und im Hinblick auf unsere Bemühungen um eine Ausweitung der deutschen Entwicklungshilfe die von ihr beabsichtigte Regelung glaubt verantworten zu können.

Ein maßgeblicher Gesichtspunkt für uns sind die Belange der betroffenen Arbeitnehmer. Wir möchten deshalb nicht nur volkswirtschaftliche Gesichtspunkte, sondern zugleich auch die Interessen der Arbeitnehmer berücksichtigt sehen. In der Frage 2 fragen wir deshalb die Bundesregierung nach dem Inhalt eines von der Sozialforschungsstelle der Universität Münster vorgelegten Forschungsberichts, und mit Frage 3 schließlich wollen wir wissen, ob die Bundesregierung bereit ist, diesen Forschungsbericht der Öffentlichkeit zu übergeben. Ich darf es ganz offen sagen: Wir hätten es begrüßt, wenn uns die Bundesregierung die Fragen 2 und 3 erspart hätte. Wir haben inzwischen erfahren, daß die Landesregierung Nordrhein-Westfalen der Bundesregierung den genannten Bericht zugeleitet habe. Warum die Regierung in Düsseldorf dem nordrhein-westfälischen Landtag und der Öffentlichkeit den Bericht bisher vorenthält, haben wir hier nicht zu untersuchen. Wir sind aber sicher, daß diese Frage im Landtag zur Sprache kommen wird...

Ich möchte aber doch dem Hohen Hause das, was schon jetzt als Ergebnis der Arbeiten der Sozialforschungsstelle der Universität Münster bekannt ist, nicht vorenthalten...

Auf Grund ihrer Untersuchungen befürchtet die Sozialforschungsstelle Münster folgende Wirkungen der Aufhebung der kontinuierlichen Arbeitsweise:

> *1. Entnormalisierung des Arbeitslebens und der Freizeit durch Unregelmäßigkeit und Unübersehbarkeit der Schichtfolge sowie durch erneuten Anreiz zur Ableistung von Überstunden und Sonntagsarbeit.*
>
> *2. Gefährdung der sozialen Stabilität der Schichtbelegschaften durch das wieder eingeführte Springersystem oder die wechselhafte Zusammensetzung der Schicht.*
>
> *3. Störung der außerbetrieblichen sozialen Sparten, besonders der Familien, infolge ungeregelter Arbeitsweise und nicht voraussehbare Schichteinteilung.*

Nach unserer Auffassung sind diese Ergebnisse der Forschungsstelle Münster doch so beachtlich, daß eine gesetzliche Änderung der Bestimmungen über die Sonntagsarbeit nicht ohne eingehende Prüfung aller Gesichtspunkte vorgenommen werden darf.

Im letzten Teil unserer Anfrage, in den Fragen 4 und 5, beziehen wir uns auf das Gutachten, mit dem Professor Forsthoff zu der Frage Stellung genommen hat, ob durch eine Rechtsverordnung auf Grund des § 105d der Gewerbeordnung das Recht zur Vornahme von Reparaturarbeiten, das in § 105c Abs. 1 Ziffer 1 der Gewerbeordnung ausdrücklich zugestanden ist, aufgehoben oder seine Ausübung von Bedingungen abhängig gemacht werden kann. Wir bitten die Regierung, vor dem Hohen Hause zu den Argumenten, die von Professor Forsthoff vorgebracht werden, im einzelnen um eine Stellungnahme. Vor allem interessiert uns, wie die Bundesregierung die Aussichten eines Rechtsstreits beurteilt, in dem der von Professor Forsthoff bejahte Schadensersatzanspruch geltend gemacht wird. Wir können uns nicht vorstellen, daß die Bundesregierung es auf einen solchen Rechtsstreit ankommen lassen will, nachdem ein angesehener Lehrer des Verwaltungsrechts die geplante Rechtsverordnung in diesem Punkte für unzulässig und einen sich daraus ergebenden Schadensersatzanspruch für begründet hält.

Vizepräsident Dr. Jaeger: Das Wort zur Beantwortung der Großen Anfrage hat der Herr Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.

Blank, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe der Begründung des Herrn Kollegen Lenz entnommen, daß er noch eine ganze Reihe von Zusatzfragen stellt. Ich halte mich bei der Beantwortung der Großen Anfrage an die der Bundesregierung schriftlich gestellten Fragen, weil wir natürlich nur diese und die Antwort darauf im Kabinett beraten bzw. beschließen konnten. Wenn Sie, Herr Kollege Lenz, wofür ich volles Verständnis habe, diesen Fragenkomplex noch ausweiten wollen, gibt es sicher die Möglichkeit — wenn Sie so wollen — einer zweiten Großen Anfrage. Die Antwort, die ich jetzt gebe, ist von der Bundesregierung beschlossen. Wir werden uns bemühen, auf die gestellten Fragen präzise und konkret zu antworten.

Unter 1 fragen Sie, ob die Bundesregierung die Auffassung teile, daß die Regelung der

Fortsetzung nächste Seite

Arbeitnehmer Control Archives

Sonntagsarbeit in der Eisen- und Stahlindustrie volkswirtschaftliche Gesichtspunkte zu berücksichtigen habe. Dazu sage ich folgendes:

Die Bundesregierung teilt die Auffassung, daß volkswirtschaftliche Gesichtspunkte und die Interessen der betroffenen Arbeitnehmer bei der Regelung der Sonntagsarbeit auch in der Eisen- und Stahlindustrie mitberücksichtigt werden müssen. Nach Sinn und Zweck des § 105d Abs. 1 der Gewerbeordnung und des Art. 140 des Grundgesetzes in Verbindung mit Art. 139 der Weimarer Verfassung dürfen Produktionsarbeiten an Sonn- und Feiertagen außer in dem vom Gesetz als Beispiel gegebenen Fall, daß die Arbeiten ihrer Natur nach eine Unterbrechung oder einen Aufschub nicht gestatten, allerdings nur insoweit zugelassen werden, als sie aus gewichtigen volkswirtschaftlichen Gründen erforderlich sind.

Sie fragen unter 2 nach dem Forschungsbericht der Universität Münster. Ich darf folgendes antworten.

Die Sozialforschungsstelle an der Universität Münster hat einen Forschungsbericht vorgelegt, und zwar dem Herrn Arbeits- und Sozialminister des Landes Nordrhein-Westfalen, von dem der Forschungsauftrag erteilt worden ist. Soweit der Bundesregierung bekannt geworden ist, enthält der Bericht eine Gegenüberstellung der Auswirkungen der kontinuierlichen Arbeitsweise mit 42 Wochenstunden und der davor üblichen Arbeitsweise mit 53 bis 56 Wochenstunden. Die Nachteile der letztgenannten Arbeitsweise — also der früheren mit 53 bis 56 Wochenstunden — hätten sich jedoch nach Auffassung der Bundesregierung auch in anderer Form als durch Übergang zum kontinuierlichen Betrieb vermeiden lassen.

Unter Punkt 3 fragen Sie, ob wir diesen Bericht der Öffentlichkeit übergeben wollen. — Eine Entscheidung, so lautet die Antwort, über die Veröffentlichung des Berichts kann von der Bundesregierung nicht getroffen werden, da sie den Forschungsauftrag nicht erteilt hat. Aber schon jetzt möchte ich Ihnen außerhalb der von der Bundesregierung beschlossenen Antwort sagen, daß sich selbst die Verfassung und der wissenschaftliche Leiter der Sozialforschungsstelle gegen eine derzeitige Veröffentlichung aussprechen — ich habe das schriftlich bei mir —, weil dieser Bericht wissenschaftlich noch nicht fertig sei.

Unter Punkt 4 stellen Sie die Frage nach dem Gutachten von Herrn Professor Dr. Forsthoff aus Heidelberg. Ich darf darauf antworten: Der Bundesregierung ist das von Professor Dr. Forsthoff erstattete Gutachten über die Rechtsfragen zur Neuregelung der Sonntagsarbeit bekannt. Die Eisen- und Stahlindustrie, für die es erstattet war, hat es uns selbstverständlich zugänglich gemacht.

Nun darf ich die Frage 5, ob die Bundesregierung die Rechtsauffassung des Herrn Professor Dr. Forsthoff teile, beantworten. Die Bundesregierung teilt die Rechtsauffassung des Herrn Professor Dr. Forsthoff nicht, so daß Folgerungen aus dieser Auffassung nicht zu ziehen sind. Sie hat nicht die Absicht, § 105c Abs. 1 Nr. 3 der Gewerbeordnung in einer Rechtsverordnung auf Grund des § 105d der Gewerbeordnung zu ändern und die Beschäftigung mit Reparaturarbeiten an Sonntagen zu verbieten. Sie ist jedoch der Auffassung, daß nach § 105d Abs. 1 der Gewerbeordnung die Zulassung von Produktionsarbeiten im Ermessen des Verordnungsgebers steht und daß nach § 105d Abs. 2 der Gewerbeordnung die Zulassung von Produktionsarbeiten an Bedingungen geknüpft werden kann...

Vizepräsident Dr. Jaeger: Meine Damen und Herren, wünscht das Haus eine Aussprache über die Große Anfrage? — Ich bitte die Damen und Herren, die eine Aussprache wünschen, um ein Handzeichen. — Das sind mehr als 30 Mitglieder des Hauses.

Das Wort hat der Abgeordnete Brand.

Brand (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Namen der Fraktion der CDU/CSU habe ich die Ehre, folgende Erklärung abzugeben... Wir alle sind gehalten, die Sonntagsarbeit so zu regeln, daß der in Art. 140 des Grundgesetzes verankerte Grundsatz der Arbeitsruhe geschützt und in bezug auf ihn eine Verfassungswirklichkeit hergestellt wird... Die Fraktion der CDU/CSU ist sicher, daß die Bundesregierung die strittigen Fragen, die hinsichtlich der Regelung der Sonntagsarbeit in der Stahlindustrie anstehen, alsbald entsprechend diesen Grundsätzen regeln wird. Sie glaubt, daß durch eine sachgerechte Planung von Anpassungsmaßnahmen und Fristen auch die sozialen und wirtschaftlichen Belange, die hier mitzuberücksichtigen sind, gewahrt werden können. Das Ziel muß sein, nach Ablauf dieser Fristen die Arbeitsruhe am Sonntag nicht nur hier, sondern auch in anderen Bereichen der Wirtschaft zu verwirklichen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Jaeger: Das Wort hat der Abgeordnete Sträter.

Sträter (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich muß schon sagen, daß ich eine etwas umfangreichere Antwort der Bundesregierung erwartet hätte, als sie der Herr Bundesarbeitsminister gegeben hat.

(Beifall bei der SPD und bei der FDP)

Für meine Begriffe war diese Antwort jedenfalls äußerst mager.

(Sehr richtig! bei der SPD)

Ich möchte das voranstellen, was ich im April 1957 von der gleichen Stelle aus gesagt habe, als dieselbe Frage — ausgelöst durch eine Große Anfrage der CDU — zur Debatte stand. Ich habe damals ausgeführt, daß diese Diskussion leider 40 Jahre zu spät komme.

(Beifall bei der SPD)

Ich muß deswegen auch heute wieder einmal darlegen, wie die Dinge tatsächlich verlaufen sind, und betonen, daß dieser Schritt 1957 überhaupt ein erster Schritt war, in der Hüttenindustrie zum Sonntag zu kommen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist vor 1914, ich sage das heute wieder bewußt, in diesen Betrieben — Hochöfen, Kokereien, Martinwerken und Stahlwerken — an jedem zweiten Sonntag 24 Stunden gearbeitet worden.

(Hört! Hört! bei der SPD)

Nach 1918 wurden daraus 16 Stunden und erst durch die Regelung 1957 sind wir zu 13 echten, nicht angeschnittenen Sonntagen gekommen. Sie dürfen sich ruhig darauf verlassen, daß das von den betroffenen Arbeitnehmern unterschiedslos akzeptiert wird. Insofern hat das Gutachten von Münster — das auch ich leider nicht kenne — doch auch eine Reihe positiver Dinge aufgegriffen.

Ich möchte meinen, daß es viel nützlicher gewesen wäre, wenn sich die Bundesregierung mehr auf der Ebene der Montanunion bemüht hätte. Es ist schon von dem Sprecher der FDP-Fraktion gesagt worden: Es gibt unter diesen sechs Ländern kein einziges Land, in welchem die Arbeitsweise in den Stahlwerken anders ist als bei uns...

Ich würde auch heute herzlich darum bitten, diesen Weg zu versuchen, um zu einer Änderung zu kommen, und zwar aus einem ganz einfachen und nüchternen Grunde: Weil wir nicht gern haben möchten, daß es hier zu Wettbewerbsverzerrungen kommt, die ausschließlich von der deutschen Stahlindustrie ausgebadet werden sollen. Das ist meiner Meinung nach zur Sicherung der Arbeitsplätze, wenn auch noch nicht heute und morgen, aber auf die Dauer gesehen, sicherlich sehr wichtig.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich möchte mich der Andeutung des Herrn Berichterstatters von der FDP anschließen und die Bitte aussprechen: Seid nicht so eilig bei diesen Dingen! Bis zum Jahre 1964/65 wird es sich sicherlich — der Wille besteht und hat immer bestanden — ermöglichen lassen, auch in diesem Bereich zu weiteren freien Sonntagen zu kommen. Jetzt auf einen Hieb die Dinge zu ändern, halte ich für außerordentlich gefährlich...

Vizepräsident Dr. Jaeger: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Barzel.

Dr. Barzel (CDU/CSU): Das Prinzip, die Regel ist der arbeitsfreie Sonntag. Wir freuen uns, daß der Herr Kollege Lenz und auch der Herr Kollege Sträter das in überzeugender Weise dargetan haben. Der Streit beginnt ja bei den Ausnahmen. Wir wollen daran festhalten, daß es eben eine Ausnahme ist, wenn sonntags gearbeitet wird.

(Zustimmung bei der CDU/CSU)

Diese Ausnahmegenehmigungen werden um so problematischer, wie Tendenzen entstehen, die diese Ausnahmen zur Regel und zum neuen Modell machen wollen. Das ist uns nicht erlaubt; denn das wäre gegen das Grundgesetz. Darum glaube ich, daß nicht diejenigen, die an das Grundgesetz erinnern, diese Frage — wie es so schön heißt — „hochgespielt" haben, sondern diejenigen, die diese Ausnahmen zur Regel machen wollen. Ich meine im Hinblick auf die öffentliche Diskussion auch sagen zu müssen, daß derjenige die Beweislast hat, der die Ausnahme, und nicht derjenige, der das Prinzip der Verfassung durchsetzen will.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, ganz wenige Worte zu dem Argument, daß es sich hier ja „nur" um 5% der Stahlarbeiter, um 17000 von 350000 handelt. Ich meine, daß man hierzu einiges sagen müßte. Zunächst dieses: Der Sonntag ist für uns ein Wert in sich, er ist nicht abhängig von der Zahl. Das Zweite: Ich wünsche keinem eine Eiterbeule von 5% seines Körpervolumens. Er würde dann feststellen, was 5% ihm für Sorgen machen können. Drittens meine ich, daß gewisse Kreise, die von den „nur" 5% sprechen, etwas vorsichtiger sein sollten; sie könnten sich hier aufs Glatteis begeben. Denn wenn es „nur" 5% sind, sagt eben die andere Seite: „Dann gebt doch diesen nur 5% vorab die 38-Stunden-Woche!" und weist darauf hin, daß im Bergbau an den „heißen Punkten" schon weit darunter gegangen worden ist.

Meine Damen und Herren, auch wir wissen und bestreiten es nicht, daß die kontinuierliche Arbeitsweise oder der Durchfahrbetrieb — welchen Ausdruck immer Sie mögen — den Betrieben wie den Arbeitern und damit der ganzen Volkswirtschaft gewisse Vorteile bringt. Das bestreiten wir nicht. Sie haben die Erklärung von Herrn Minister Blank gehört. Wir wollen das auch nicht grundsätzlich beseitigen. Was wir wollen, ist dies: Einen Zeit- und Stufenplan, der alle Beteiligten in festen Fristen zwingt, die Fortschritte — sei es auf dem Gebiet der Löhne und Arbeitszeiten oder der technischen Fertigungsmethoden — Herr Kollege Lenz hat auf die neue Entwicklung an der Ruhr hingewiesen —, künftig auch so zu nutzen, daß am Schluß der Entwicklung der Sonntag immer mehr zum Sonntag werden kann.

Eine Politik abrupter und ruinöser plötzlicher Entwicklung und Entscheidung wollen wir nicht, auch nicht die Rückkehr zum „Schlafsonntag".

Wir halten niemals etwas von einer Politik „Operation geglückt — Patient tot!"

Wir meinen aber, daß es die neue Technik möglich machen muß, weitere Schritte vom Verfassungsrecht zur Verfassungswirklichkeit zu tun. Die Stahlarbeiter — Herr Kollege Sträter hat ebenso darauf hingewiesen wie die Herren von der FDP —, die bis 1957 vielfach 56 Wochenstunden gearbeitet haben, ohne überhaupt einen freien Sonntag zu haben, haben seit 1957 13 freie Sonntage. Ich glaube, sie werden uns dankbar sein, wenn wir am Schluß dieser Stufenentwicklung zu 26, dann 39 freien Sonntagen im Jahr kommen und schließlich jeder Sonntag im Jahr für sie frei ist.

Wenn wir so die Entwicklung steuern, dann, glaube ich, hat auch die Ausnahmegenehmigung des Landes Nordrhein-Westfalen aus dem Jahre 1951 einen guten Startschuß gegeben... Wir werden Zeit brauchen und Stufenpläne verwirklichen müssen. Alle technischen Schwierigkeiten aber sind Menschenwerk; sie sind nicht autonom, nicht unüberwindbar. Also haben wir auch die Macht, sie zu beseitigen, wenn wir es nur redlich wollen. Über Zeit- und Stufenpläne lassen wir mit uns reden — über das Prinzip nicht...

Vizepräsident Dr. Dehler: Das Wort hat der Abgeordnete Mischnick.

Mischnick (FDP): Wir meinen, daß bei der Überlegung, wo man beginnen sollte, auch die wirtschaftlichen und technischen Fragen berücksichtigt werden müssen. Es gibt eine ganze Reihe von Bereichen, wo ich erwartet hätte, daß man heute gesagt hätte, hier müsse begonnen werden. Ich meine z. B. die Vergnügungsindustrie. Wenn man daran gedacht hätte, hätte ich gesagt: In Ordnung; hier ist ein Punkt, wo wir uns unterhalten müssen, ob Einschränkungen richtig sind oder nicht. Aber wenn man ausgerechnet bei der Stahlindustrie anfängt — wo man den wirtschaftlich schwerwiegendsten Effekt, aber für die Sonntagsheiligung den geringsten Effekt erzielt — und alles andere, was sonst in Betracht kommt, außer acht läßt, zäumt man, so scheint uns, das Pferd von der falschen Seite auf...

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Ein Stufenplan, von dem Sie sprechen, ist durchaus richtig! Wenn wir richtig unterrichtet sind, rechnet man in der Industrie damit, etwa bis 1965 in der technischen Entwicklung so weit zu sein, daß die Bedenken, die heute noch da sind, dann entfallen... Wenn die Regierung die Absicht haben sollte, ihren Stufenplan, von dem Sie sprachen, darauf abzustellen, dann wäre das durchaus überlegenswert. Wir bedauern nur, daß man das hier nicht gesagt hat, daß man uns hier nicht klipp und klar sagte: „Unsere Vorstellungen gehen in der und der Richtung; damit wird das und das eintreten..."

Vizepräsident Dr. Dehler: Das Wort hat der Abgeordnete Behrendt.

Behrendt (SDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben mit großem Interesse vom Herrn Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung gehört, daß bei einer Neuregelung der Sonntagsarbeit in der Eisen- und Stahlindustrie sowohl die Interessen der Betroffenen als auch volkswirtschaftliche Interessen berücksichtigt werden sollen. Wenn die Bundesregierung die Interessen der Betroffenen berücksichtigen will, so ist das, was bisher an Vorstellungen der Bundesregierung über die Rechtsverordnung an die Öffentlichkeit gedrungen ist, um so unverständlicher.

Der Sprecher der CDU, Herr Dr. Barzel, hat jedoch als erster von einem Stufenplan gesprochen. Damit haben Sie, Herr Kollege Barzel, mehr gesagt, als uns der Herr Minister heute erklärt hat. Wir sind selbstverständlich bereit, darüber zu reden...

Berichtigung

In der letzten Ausgabe unterlief uns ein bedauerlicher Verwechslungsfehler im Bericht „Fortuna lächelt den Sieger-Jockeis zu".

Der jubelnde Gewinner einer Reise auf dem Bild unten rechts heißt nicht Nellessen, sondern Herbert Hahn. Er und sein Kollege Heinrich Nellessen werden uns den Fehler sicher verzeihen.

*

Ein weiterer Fauxpas ist uns passiert bei der Bildbeschriftung zu dem alten Foto von der Schalker König-Wilhelm-Straße. Die Schranke im Vordergrund des Bildes ist nämlich nicht diejenige, die schlechthin als „Glückauf-Schranke" bekannt ist, sondern die der Consolidation-Zechenbahn. Die eigentliche „Glückauf-Schranke" liegt einige hundert Meter weiter in Richtung auf unser neues Verwaltungsgebäude zu. — — Außerdem waren das Wahrzeichen des Werkes nicht ursprünglich — wie angegeben — 7, sondern sogar 9 Schornsteine, die man — weil sie wie zur Parade angetreten, schnurgerade nebeneinander standen — in Gelsenkirchen die „9 Schalker Grenadiere" nannte. Oft aber wurden sie auch als die „9 Kinder Boecker" bezeichnet, da der Gründer des Werkes, Wilhelm Boecker, neun Kinder hatte.

Krupp Corporate Archives

5.40 Uhr — 5.45 Uhr — 5.50 Uhr

Dreimal hat's gekracht



Nasses, glattes Straßenpflaster – Straßenbahnschienen – eiliger Mopedfahrer . . . Dann hat es gekracht. Eine alltägliche Situation. Leider! Hätte er nur fünf Minuten mehr Zeit gehabt, wäre wahrscheinlich gar nichts passiert. Gerade in dieser Übergangszeit zwischen Herbst und Winter ist vorsichtiges Fahren wichtiger denn je. Und – das gilt für einen großen Teil unserer Belegschaft – Zweiradfahrer sind besonders gefährdet. Sie sind immer die Schwächeren. Leider bleibt es dann nicht immer beim Blechschaden.

- 5.40 Uhr: Kollege R. kommt mit seinem Moped aus Essen und will zu seinem Arbeitsplatz, als er auf dem regennassen Kopfsteinpflaster der Frintroper Straße ins Rutschen gerät und gegen einen PKW prallt.

  Blech knirscht! Glas splittert!

  R. wird zu Boden geschleudert und erleidet einen Bänderriß am linken Knie.

  Der Sachschaden ist erheblich.

- 5.45 Uhr: Kollege N. kommt mit dem Moped aus der gleichen Richtung und will wie Kollege R. zur Arbeitsstätte. Auf der Dellwiger Straße sieht er plötzlich einen haltenden PKW vor sich.

  Ausweichen ist nicht mehr möglich.

  Bremsen quietschen! Das Moped rutscht! Schon kracht's! N. landet auf dem Pflaster und trägt erhebliche Prellungen am Kopf und am Rücken davon.

  Moped und PKW werden beschädigt.

- 5.50 Uhr: Kollege K. befährt mit seinem Fahrrad die Essener Straße von der Mülheimer Straße kommend. In Höhe des Tores 3 steigt K. vom Rad, um die Fahrbahn der Essener Straße zu überqueren. Das Fahrrad führt er mit der Hand. Plötzlich wird K. von einem Motorrad erfaßt und zu Boden geworfen.

  K. trägt eine schwere Verletzung des Unterschenkels davon. Beide Fahrzeuge sind beschädigt.

Weitere Folgen dieser Unfälle waren Arbeitsunfähigkeit, Lohnausfall, polizeiliche Vernehmungen und Konflikte mit den Versicherungen. Dreimal hat es innerhalb von zehn Minuten gekracht. Dreimal war es auf dem Weg zur Arbeitsstätte.

Was waren die Ursachen?

Wurden die Verkehrsvorschriften nicht ausreichend beachtet? Lag es an den Straßenverhältnissen oder an der unzureichenden Beleuchtung? Oder war es Zeitnot, die zur Eile trieb?

Die Auswertung unserer Wegeunfälle für die Zeit vom 1. Januar bis 30. September dieses Jahres zeigt, daß über 60 Prozent dieser Unfälle auf dem Wege zur Arbeit verursacht wurden. Dies gibt zu denken, ob nicht bei diesen Unfällen der Zeitdruck die größte Rolle spielte. Die Sorge, noch rechtzeitig zur Arbeitsstätte zu kommen, verleitet leicht dazu, stärker auf das Gaspedal zu treten oder noch schnell die Straße zu überqueren.

Man braucht sich den damit verbundenen Gefahren nicht auszusetzen, wenn man fünf Minuten früher den Arbeitsweg antreten würde. Jeder hätte dann die Möglichkeit, den Weg zur Arbeit mit der gleichen Ruhe wie den Heimweg zurückzulegen. Man hätte die Zeit, an allen gefährlichen Verkehrspunkten die Geschwindigkeit herabzusetzen, ohne in Zeitnot zu geraten.

Fünf Minuten mehr Zeit für den Weg zur Arbeit bedeutet größere Sicherheit. Ein Geschäft, welches keiner Überlegung bedarf.

Schulitz

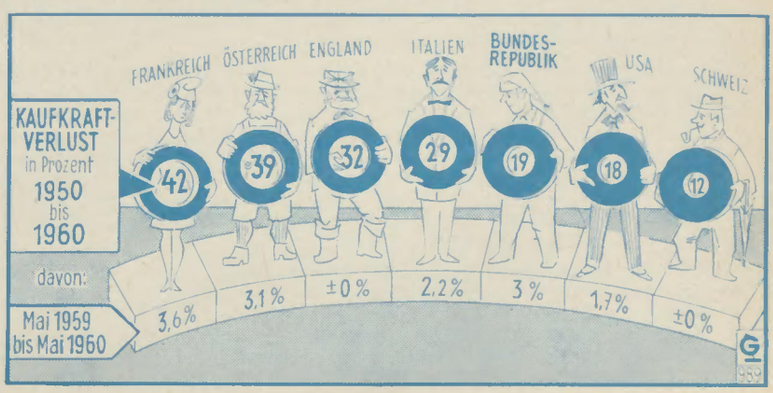


WDR und bargeldlose Lohnzahlung

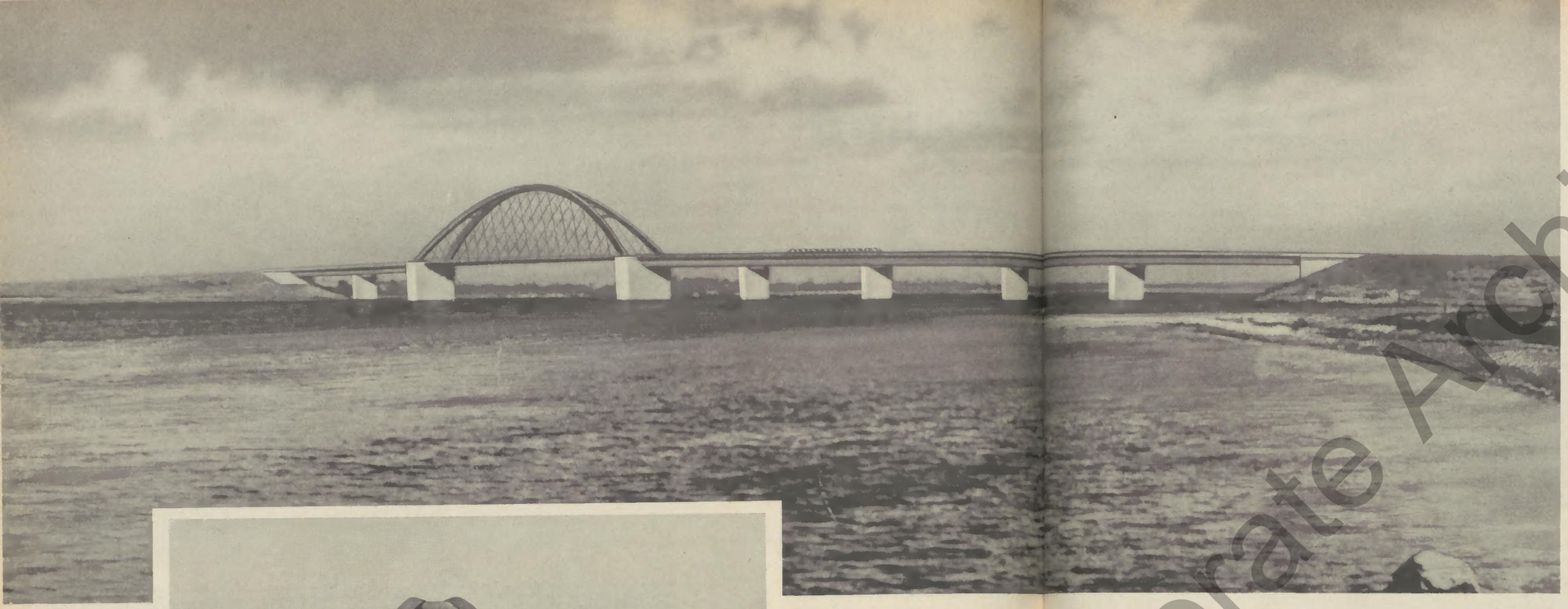
In der Sendereihe „Wie wir leben" nahm sich der Westdeutsche Rundfunk kürzlich des Themas „Bargeldlose Lohnzahlung" an. Und zwar führte Funkreporter Rolf Butler (rechts mit Mikrophon) ein Gespräch in unserem Werk, um über die Erfahrungen eines Unternehmens zu berichten, in dem schon seit längerer Zeit die bargeldlose Lohn- und Gehaltszahlung praktiziert wird. An der Diskussion nahmen teil (von links nach rechts): Direktor Dr. Kurrle, Leiter der Finanzabteilung; Heinrich Verhoeven, Betriebsrat; Direktor Hardung, Leiter der Personalabteilung für Arbeiterangelegenheiten; ferner Assessor Wegener von der Industrie- und Handelskammer. Im Verlauf des Gespräches wurde wiederholt deutlich, daß die Einführung der bargeldlosen Lohnzahlung mehr als eine Rationalisierungsmaßnahme, sondern vielmehr ein gesellschaftspolitisches Faktum ist, weil dadurch die Anpassung des Arbeiters an den Angestellten sichtbar zum Ausdruck kommt. Übrigens konnte Assessor Wegener mitteilen, daß im Bereich der IHK Essen-Mülheim-Oberhausen schon bald ein Viertel der gesamten Arbeitnehmerschaft bargeldlos entlohnt werde.

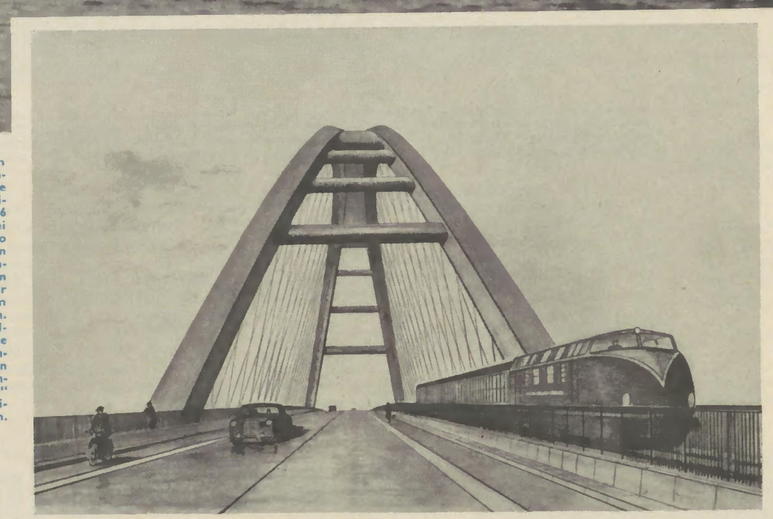
Ein weiches Jahr der harten D-Mark

Keine Währung der westlichen Welt ist im letzten Jahrzehnt von einer Aushöhlung des Geldwertes verschont geblieben; sie scheint die unvermeidliche Begleiterscheinung wirtschaftlicher Aufwärtsentwicklung zu sein. Auch die Deutsche Mark macht hier keine Ausnahme, wenn sie sich auch vergleichsweise gut gehalten hat. Sie verlor in zehn Jahren „nur" 19 Prozent ihres Wertes. Im letzten Jahr aber hat ihr die „Schwindsucht des Geldwertes" härter zugesetzt als den meisten anderen Währungen. Sie war in diesem Frühjahr drei Pfennig weniger wert als zwölf Monate zuvor. Seit Mitte des vorigen Jahres bietet deshalb die Bundesbank alle Kräfte auf, um sich einem weiteren Wertschwund der D-Mark entgegenzustemmen.



thyssenkrupp Corporate Archives





So einmal wird die 960 m lange Brücke über den Fehmarn-Sund aussehen. Die Schiffahrts-Öffnung zwischen den Pfeilern 5 und 6 wird 248,4 m breit sein, bei einer Höhe von 23 m, so daß auch die größten Seeschiffe durchfahren können. Äußeres Kennzeichen sind die beiden zueinander geneigten Bögen mit dem Netzwerk aus Drahtseilen. Durch die Fehmarnsund-Brücke, die als kombinierte Eisenbahn- und Straßenbrücke gebaut wird, rücken nach dem uralten Wunschtraum der „Vogelfluglinie" Deutschland und Skandinavien näher zusammen.



Unsere Karte zeigt deutlich den Verlauf der geplanten „Vogelfluglinie", mit deren Bau zwischen der schleswig-holsteinischen Küste und der Insel Fehmarn vor kurzem begonnen wurde.

Eine neue Brücke über die Ostsee

HOAG-Stahl bei Bau der „Vogelfluglinie" zwischen Deutschland und Dänemark

Auf der Insel Fehmarn und dem unmittelbar gegenüberliegenden Teil Schleswig-Holsteins wird gegenwärtig an einer 960 Meter langen Hochbrücke über den Fehmarn-Sund gebaut. Damit nimmt ein jahrhundertealter Plan Gestalt an, die Verwirklichung der „Vogelfluglinie", der kürzesten Verkehrsverbindung nach Skandinavien. Bis zum Frühjahr 1963 soll das gewaltige Vorhaben abgeschlossen sein.

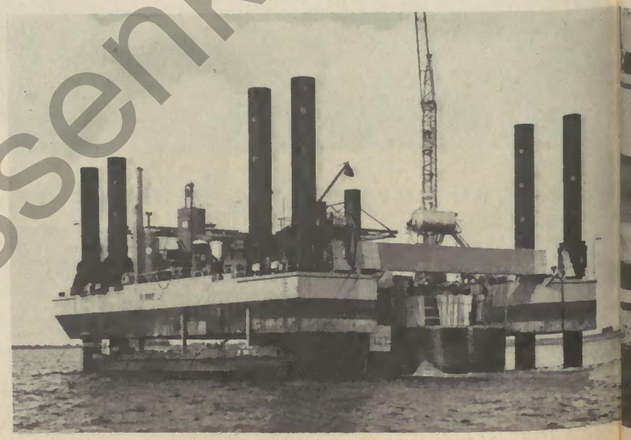
In diesem Zusammenhang konnte ein bemerkenswertes Ereignis dieser Tage gemeldet werden. Die ersten von insgesamt sieben Senkkästen, für den Bau der mächtigen Brückenpfeiler bestimmt, trafen an der Baustelle ein und wurden abgesenkt. Von je zwei Schleppern wurden die Kolosse, von denen die kleineren die immerhin noch stattliche Grundfläche von 14 mal 28 m aufzuweisen haben, von Kiel aus über die Ostsee bis zur Einbaustelle geschoben. Dort sind sie nun bis auf ungefähr 10 m unter Meeressohle abgesenkt worden. Mit Ausnahme des Pfeilers 1, der von einer gerammten Arbeitsinsel aus gebaut wird, sollen alle übrigen Pfeiler von sogenannten Hubinseln aus errichtet werden, wie man sie in ähnlicher Form für Ölbohrungen auf See verwendet.

Insgesamt sind sieben Brückenpfeiler vorgesehen, wovon die Pfeiler 5 und 6 die stärksten sind, weil sie einmal den Teil der Brücke tragen sollen, der sich mit zwei riesigen, gegeneinander geneigten Stahlbögen über die rund 250 m breite Schiffahrtsöffnung schwingen wird. Die Hauptöffnung wird eine Höhe von 23 m haben, so daß auch die größten Überseeschiffe unbehindert hindurchfahren können.

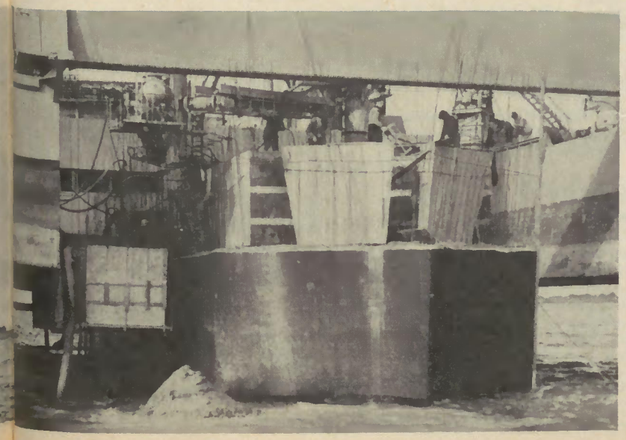
Zur Zeit werden beiderseits des Fehmarn-Sunds umfangreiche Erdbewegungen zum Bau der riesigen Brückenrampen vorgenommen. Die Brücke selbst wird eine kombinierte Eisenbahn- und Straßenbrücke sein. Wie schon angekündigt, besteht das Bogentragwerk aus zwei zueinander geneigten Bogen, die im Scheitelbereich durch eine Schalenkonstruktion miteinander gekoppelt sind. Dadurch entsteht ein räumliches Tragwerk, das sich durch eine große — wie der Brückenbauingenieur sagt: — „Steifigkeit" gegen einseitig wirkende Lasten auszeichnet. Das ist in diesem Fall von besonderer Bedeutung, da die Schienen für die Eisenbahnlinie auf einer Brückenseite verlegt werden sollen. Insgesamt wird die Stahlkonstruktion etwa 2800 Tonnen wiegen.

Den Auftrag für das Kernstück des Gesamtbauvorhabens — Entwurf, Fertigung und Montage des Brückenüberbaus für die Schiffahrtsöffnung — erhielt die GHH Sterkrade AG. Bisher wurden von der HOAG für die Seitenöffnungen der Brücke ca. 500 Tonnen Wulstflachstahl geliefert. Die Stahlbestellungen für den Hauptbogen, der den größten Teil des Stahlgewichts ausmacht, sind noch nicht heraus. Unser Werk Gelsenkirchen liefert die Drahtseile, die gewissermaßen als Netzwerk die Verbindung zwischen dem Brückenbogen und der Fahrbahn bilden. Der Anteil der Seile im Verhältnis zum Gesamtobjekt ist jedoch verhältnismäßig gering, weil bei dieser Brücke keine Tragseile verwendet werden, sondern lediglich Hängeseile in Betracht kommen, deren Gesamtmenge etwa 50 bis 60 Tonnen betragen wird.

In unmittelbarem Zusammenhang mit dem Brückenbau ist an der Nord-Ost-Küste der Insel Fehmarn auch bereits mit dem Bau des künftigen Fährhafens Puttgarden begonnen worden, über den nach Fertigstellung der Brücke der Fährverkehr mit dem ebenfalls im dänischen Hafen Rödby Havn befindlichen neuen dänischen Fährhafen Rödby Havn auf Laaland aufgenommen werden soll. Heute noch geht der Fährverkehr von Deutschland nach Skandinavien und zurückgekehrt über den Großenbroder Kai. Von hier aus ziehen die Fährschiffe ihre Bahn um die Insel Fehmarn herum nach Gedser. Zweieinhalb Stunden dauert die Fahrt auf dem Fährschiff über den 69 km langen Seeweg. Mit Inbetriebnahme der „Vogelfluglinie", deren wichtigster Teil die Fehmarn-Sund-Brücke ist, wird der internationale Nord-Süd-Verkehr um 90 Minuten schneller sein. Da der vorgesehene Fährhafen Puttgarden von dem neuen dänischen Hafen Rödby Havn nur 19 km entfernt ist, werden außerdem die Eisenbahn-Fährschiffe auf ihrer neuen Route wesentlich häufiger pendeln, als jetzt zwischen Großenbrode und Gedser (69 km) möglich ist. So läßt die „Vogelfluglinie" Skandinavien und Mitteleuropa näher zusammenrücken.



Von einer Hubinsel aus wird hier einer der Senkkästen eingelassen, die bis auf ungefähr 10 m unter Meeressohle abgesenkt werden. Sie dienen dem Bau der Pfeiler, die die Brücke tragen werden.



Hier sieht man den auf dem linken Bild gezeigten Vorgang aus der Nähe. Die Senkkästen ermöglichen, daß im Caissonverfahren die Fundamente erstellt und die Pfeiler gemauert werden können.



Auf beiden Seiten des an dieser Stelle knapp 1000 m breiten Fehmarn-Sunds sind umfangreiche Erdbewegungen im Gange zum Bau der Brückenrampen, wovon die inselseitige bis zu 22 m hoch wird.

Thyssenkrupp Corporate Archive

„Jan" steht sogar am Tresen



Unser „Rennen um die Sicherheit" hat die ganze Belegschaft zu Reitern gemacht. Daß aber unter unseren Mitarbeitern auch einige sind, die nicht nur „im Geist" sich mit Pferden verbunden fühlen, sondern richtige — lebendige — Pferde besitzen, wird wahrscheinlich aber nur den wenigsten bekannt sein.

So wissen wir zum Beispiel von einem Arbeitskollegen, der einen auf allen westdeutschen Bahnen bekannten Traber besitzt. Hier aber soll berichtet werden, von einem Mitarbeiter, dessen ganze Liebe jenen kleinen Pferden gehört, der als Besitzer des „Ponyhofs Styrum" sogar so etwas wie ein Gestütsherr ist. Auf dem Hofe seines Anwesens in der Oberhausener Stöckmannstraße hat Jakob Link (Kranführer im Maschinenbetrieb Neu-Oberhausen) regelrechte Stallungen gebaut. Als er vor 10 Jahren anfing mit der Zucht von Shetland-Ponys, da mußte er sich, um seine kleinen Freunde satt zu bekommen, selbst noch manchen Bissen vom Munde absparen. Aber für sein Hobby war er bereit, Opfer zu bringen.

Heute stehen in Jakob Links Stall drei prächtige Stuten und „Jan", der Star des Ponyhofs, ein achtjähriger Zuchthengst. Von „Jan" erzählt man sich in Styrum, daß er wie ein Hund mit seinem Herrn spazierengeht, ja sogar neben ihm am Tresen steht. Übrigens behauptet Jakob Link von seinen Ponys, daß sie sogar Verkehrsschilder kennen. Vor jedem Vorfahrtsschild — so erzählt er — wechseln sie ganz von selbst vom Trab ins Schrittempo. — Kein Wunder, daß die Pferde so sicherheitsbewußt sind, wo ihr Besitzer doch zu den in unserem „Sicherheitsrennen" siegreichen Jockeis der Meistergruppe Hoppe gehört.



▲ Fertig zur Ausfahrt! — Jakob Link hat seine beiden Stuten „Gitta" und „Ali" angeschirrt. Ein prächtiges Gespann.



▲ „Jan van de Flegeistraat", ein achtjähriger Zuchthengst holländischer Abstammung, ist Star des Ponyhofs Styrum.



▲ Jakob Links ganze Liebe gehört seinen vierbeinigen Freunden. Daß die Pferdchen nicht nur gefüttert werden und zu trinken haben wollen, versteht sich von selbst. Auch „Stalldienst" und Pferdepflege gehören dazu. Wenn Jakob in den Stall geht, hat er immer Zucker bei sich.



Wieder können wir eine Liste solcher Mitarbeiter veröffentlichen, die sich über die Verbesserung mancher Betriebseinrichtungen Gedanken gemacht haben; Gedanken, die ihren Niederschlag in Verbesserungsvorschlägen fanden. Sie erhielten dafür z. T. recht ansehnliche Prämien. Denn in den Monaten September und Oktober wurden in Oberhausen und Gelsenkirchen zusammen 3195 Mark dafür ausgezahlt. Hier die Namen der Mitarbeiter, deren Vorschläge prämiiert wurden:

IN OBERHAUSEN:

Walter Bischof, Thomaswerk: Verbesserung an den Brennofentüren in der Dolomitanlage;
Siegfried Brunner, Maschinenbetrieb Stahl- und Walzwerke: zusätzliche Sicherung des Muldenschlosses in SM II;
Bernhard Drießen, Elektrischer Betrieb Stahl- und Walzwerke: Verbesserungen an Rohmühle und Elektrofiltern im Zementwerk;
Günter Engelbrecht und **Willi Müller,** Wärmeabteilung: Verbesserung an den Askania-Schreibern;
Ernst Limpert, Maschinen- und Kraftbetrieb Hochöfen: Vorrichtung zur Betätigung von Schiebern in der Gasreinigung;
Alfred Erdmann, Zementwerk: Beseitigung einer Unfallgefahr;
Helmut Ferchert, Kontistraße: Verbesserung an Einbaustücken der Kontistraße;
Rudi Giese, Abteilung Verkehr: Beschleunigung des Zugverkehrs im Bereich Zeche Jacobi;
Hans Hettkamp, Maschinen- und Kraftbetrieb Hochöfen: Reinigungs- und Prüfgerät für Nebeldüsen;
Hans-Josef Hübel, Maschinenbetrieb Blechwalzwerk: Befestigungsänderung der Verschleißplatten an den Quartostützwalzen;
Hermann Kaufer, Maschinenbetrieb Stahl- und Walzwerke: Vorrichtung zum Schneiden von Handgummi;
Willi Kirschnick, Werkstätten- und Reparaturbetrieb Hochöfen: Materialänderung für Zahnräder;
Friedrich Kossan, Betriebsbüro Walzwerke: Verbesserung von Vordrucken für den Walzbetrieb;
Franz Lawicki, Sozialbetrieb: Beseitigung einer Unfallgefahr in der Vordruckstelle;
Oskar Leuer, Versuchsanstalt: Kokille für Quantometerproben;
Heinrich Ostarek, Sozialbetrieb: Verbesserung der Aufbewahrungskästen für Tragbahren;
Franz Ott, Versuchsanstalt: Verbesserung an den Bügelsägen in der VA-Werkstatt;
Johann Rogaki, Zementwerk; Beseitigung einer Störmöglichkeit bei der Zementverladung;
Josef Sökefeld, Hafen Walsum: Hosenrutsche für Erzklassieranlage;
Ewald Strehlke, Maschinenbetrieb Stahl- und Walzwerke: Änderung der Zughaken an Schlackenwagen;

UND IN GELSENKIRCHEN:

Walter Broschk, Mechanische Werkstatt: Lagerkühlung an der Treibwalze vor dem Walzwerksofen;
Kurt Groeger, Stahldrahtzug; Wärmeisolierung an Staplern.
Bernhard Lipinski, Seilerei: Verbesserte Anbringung einer Steigleiter an Maschine 3 Seilerei;
Paul Pelka, Elektrowerkstatt: Reduzierstück zum leichteren Auflegen der Drahtringe auf Zylinder;
Peter Rein, Platzbetrieb: Hebelverlängerung an der Schrottbündelmaschine;
Rolf Tiefenbach, Härterei: Auffanghaken für letzte Umhänge von Drahtringen auf Kronen in der Härterei;
Hugo Wiesenberg, Eisendrahtzug: Notschalter an der Ablaufkrone des Bullblocks.

ThyssenKrupp Corporate Archives



Im Vordergrund der Sozialpolitik unseres Bergbaus stand die Forcierung des Wohnungsbaus. Während nach dem Kriege den Bergarbeitern unserer Gesellschaft nur etwa 350 vollwertige Wohnungen zur Verfügung standen, ist diese Zahl bis heute auf über 12800 gebracht worden. Hier die von unserer Wohnungsbaugesellschaft für Bergbau-Angehörige erbauten Hochhäuser.

Unser Bergbau

im Zeichen des Fortschritts

In dieser Ausgabe beenden wir unsere Bergbau-Serie, die auf einem Vortrag basiert, den unser Vorstandsmitglied Bergassessor a. D. Klaus Haniel vor dem Aufsichtsrat unseres Unternehmens gehalten hat. Die bisherigen Veröffentlichungen umfaßten vor allem die technischen Einrichtungen und Kapazitäten unserer Zechen Osterfeld, Franz Haniel und Jacobi. Zum Schluß nun behandelt Direktor Haniel das Bemühen um den Menschen. Von ihm hängen letzten Endes Wohl und Wehe auch unserer Bergbaubetriebe ab.

Nun ein kurzes Wort zu den Investitionen: In der Zeit vom 21. 6. 1948 bis zum 30. 9. 1959, d. h. von der Währungsreform bis zum letzten Jahresabschluß des Bergbaus, haben wir aktivierungspflichtige Investitionen in Höhe von insgesamt 354 Mill. DM vorgenommen. Weitere 41 Mill. DM haben wir als 7c-Darlehen für den Wohnungsbau hergegeben.

Von den 354 Mill. DM entfielen auf:

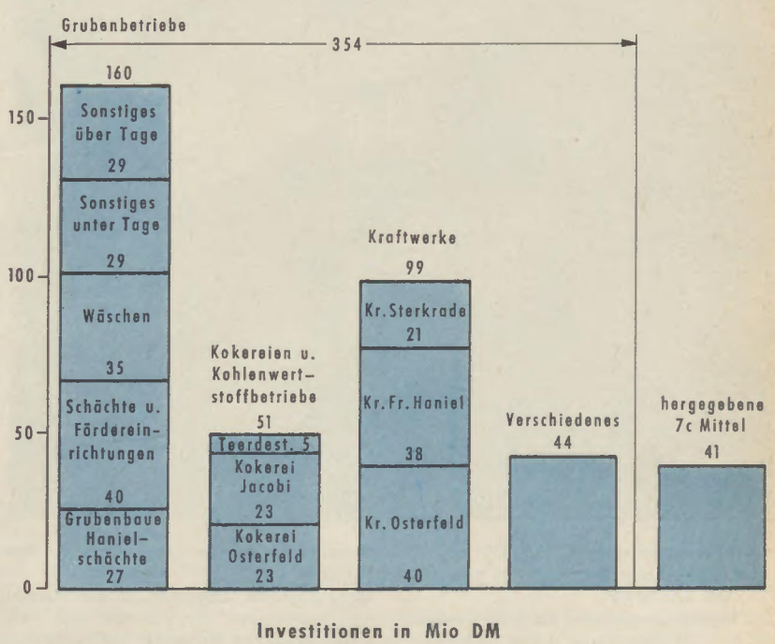
Grubenbetriebe	160 Mill. DM (45%)
Kokereien und Kohlenwertstoffbetriebe	51 Mill. DM (15%)
Kraftwerke	99 Mill. DM (28%)
Verschiedenes	44 Mill. DM (12%)

Es muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß diese Investitionen nicht ohne weiteres mit den Investitionen anderer Industriezweige verglichen werden können. Das liegt daran, daß die Gewinnungsstätten des Bergbaus sich räumlich ständig verlagern. Die hierfür erforderlichen erheblichen Aufwendungen, die also lediglich der Erhaltung, nicht der Erhöhung der Förderkapazität dienen, sind nicht aktivierungspflichtig, sondern Betriebsausgaben.

Um eine Vorstellung davon zu geben, um welche Größenordnungen es sich bei diesen Betriebsausgaben handelt, muß man berücksichtigen, daß die Neuausrüstung eines normalen Abbaubetriebes mit Ausbaumaterial, Gewinnungs- und Fördereinrichtungen etwa 1,5 Mill. DM kostet. Bei 30 Abbaubetrieben und einer Lebensdauer von etwa zwei bis drei Jahren je Abbaubetrieb müssen wir jährlich allein rd. 20 Mill. DM für die Beschaffung von neuen Strebausrüstungen aufbringen. Die Aufwendungen für die Ausrichtung, d. h. für das Auffahren von Gesteinsstrecken, betragen im langjährigen Durchschnitt etwa 10 Mill. DM jährlich.

Zur Erhaltung der Förderkapazität sind im Zeitraum vom 21. 6. 1948 bis 30. 9. 1959 Aufwendungen in Höhe von 330 Mill. DM als Betriebsausgaben verrechnet worden.

Wenn hier bisher nur die Rede war vom Wiederaufbau, der Erweiterung und Modernisierung unserer Betriebe und den dadurch verursachten Kosten, mit einem Wort: von der Sachwelt, so ist daraus nicht etwa zu schließen, daß dem Menschen im Bergbau eine untergeordnete Rolle zukomme. Ganz im Gegenteil: Mehr als in jeder anderen Industrie hängt im Bergbau das Wohl und Wehe des Be-



Thyssenkrupp Corporate Archives

triebes vom Menschen ab. Es muß daran erinnert werden, daß im Bergbau rd. 55 Prozent der Selbstkosten auf Arbeitskosten entfallen gegen 20 bis 25 Prozent in der Eisen- und Stahlindustrie und nur etwa 11 bis 16 Prozent in der Chemie.

Bei diesen hohen Arbeitskosten, die wegen der naturgegebenen Produktionsbedingungen des Bergbaus auch in Zukunft kaum wesentlich gesenkt werden können, sind vom technischen Fortschritt nicht die gleichen Selbstkostensenkungen zu erwarten wie in der Fertigungsindustrie mit ihren fast unbegrenzten Möglichkeiten zur Automation.

Einige Zahlen mögen erläutern, mit welchen Schwierigkeiten es verbunden war und noch heute ist, dem Bergbau die benötigten Arbeitskräfte zuzuführen und zu erhalten: Von Ende 1945 bis Ende 1959 erhöhte sich die Zahl unserer Bergleute von rd. 7600 auf 13900. Um diesen Zuwachs von 6300 Mann zu erzielen, war es wegen der starken Fluktuation im Bergbau erforderlich, insgesamt 41500 Arbeiter anzulegen, d. h. es mußten 14 Jahre lang monatlich durchschnittlich 250 Arbeitskräfte neu angelegt werden; anders ausgedrückt; es waren nicht weniger als 7 Arbeiter neu einzustellen und auszubilden, um die Belegschaft um einen Arbeiter zu erhöhen. Welche finanzielle Belastung hiermit verbunden war, wird klar, wenn man sich vor Augen hält, daß die Anlegung eines Neubergmanns rd. 1200 DM und die Ausbildung eines Berglehrlings gar 6000 bis 7000 DM kostet.

Da die Neuangelegten zu einem erheblichen Teil Flüchtlinge waren, die ohne Wohnung, ohne Hausrat und ohne ausreichende Kleidung zu uns kamen, erwuchsen fürsorgerische Aufgaben, die in diesem Ausmaße keine andere Industrie kennt.

Im Vordergrund stand dabei die Wohnraumbeschaffung. Während wir bei Kriegsende nur über etwa 350 vollwertige Wohnungen verfügten, ist diese Zahl bis heute auf über 12000 gebracht worden. Zur Unterbringung lediger oder von ihrer Familie getrennt lebender Arbeiter mußten Bergarbeiter- und Berglehrlingsheime gebaut werden. Insgesamt verfügen wir heute über mehr als 1000 Heimwohnplätze.

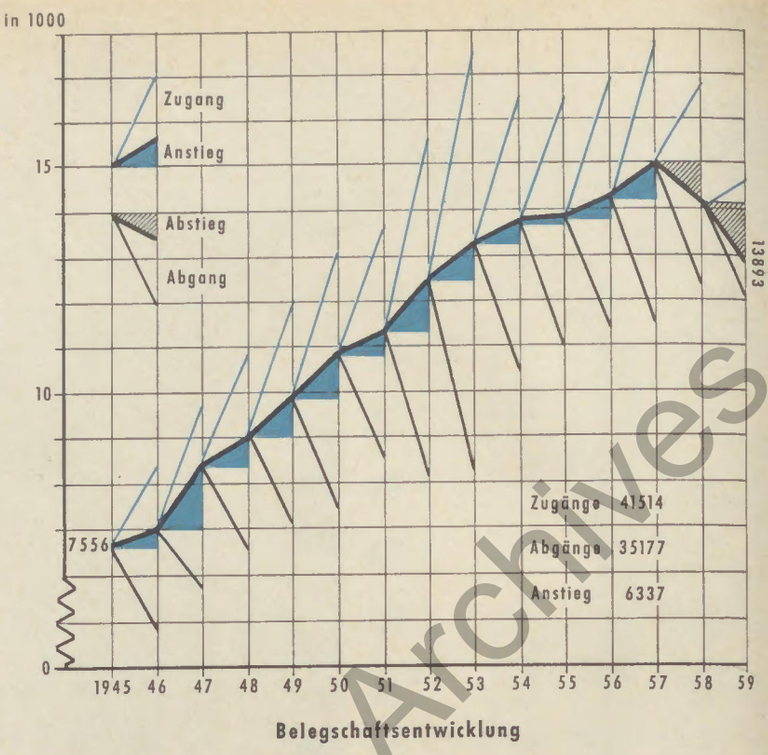
Auch die Beschaffung von Hausrat sowie von Arbeits- und Straßenkleidung hat uns jahrelang Mühe und Kosten bereitet. Doch damit nicht genug! Ebenso große Mühe bereitete die seelische Eingewöhnung der Neubergleute in ihre neue Heimat. Werksbücherei, Volkshochschule und die Revierarbeitsgemeinschaft für kulturelle Bergmannsbetreuung sind hier unsere Helfer gewesen.

Auch der Gesunderhaltung unserer Belegschaft haben wir weit über das behördlich vorgeschriebene Maß hinaus Aufmerksamkeit geschenkt. Es sei hier nur auf das Gesundheitshaus Zeche Sterkrade und auf das Ambulatorium Schwarzwaldstraße hingewiesen. Unsere Nordsee-Klimakuren für ältere Bergleute und die Kurverschickungen für Jugendliche runden dieses Bild ab.

Unsere größte Sorge ist z. Z. der Mangel an Nachwuchs, der weniger auf dem handwerklichen als gerade auf dem bergmännischen Sektor zu verzeichnen ist. Zurückzuführen ist dieser Nachwuchsmangel teils auf die Absatzkrise des Bergbaus, teils aber auch auf die jetzt zur Schulentlassung kommenden geburtenschwachen Nachkriegsjahrgänge. Das Schaubild verdeutlicht, welch bedrohliche Entwicklung unsere Einstellungszahlen seit 1954 genommen haben. Von der stolzen Höhe von rd. 800 eingestellten Berglehrlingen und Bergjungarbeitern sind wir in kurzen sechs Jahren auf rd. 100, also auf ein Achtel, zurückgeworfen worden. Bei diesen Zahlen braucht man kein Prophet zu sein, um voraussagen zu können, daß der Bergbau in aller Kürze mit einer ernsthaften Nachwuchskrise zu kämpfen haben wird.

Dieser Entwicklung sehen wir selbstverständlich nicht tatenlos zu. Durch Besichtigung unserer Ausbildungseinrichtungen durch Schulklassen, durch berufskundliche Ausstellungen, durch Werbeschriften und ähnliche Maßnahmen versuchen wir, Nachwuchs für den Bergbau zu gewinnen. Auch vom Neubau der Jugendwaschkaue auf der Zeche Sterkrade und von der Errichtung einer modernen Bergberufsschule auf der Zeche Franz Haniel versprechen wir uns Erfolge bei der Nachwuchsgewinnung.

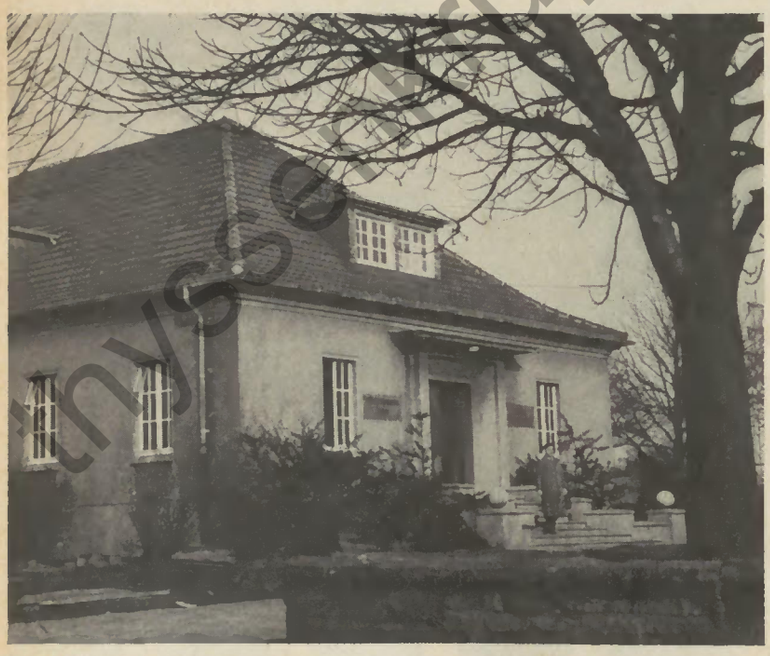
Insgesamt muß gesagt werden, daß der Bergbau in den letzten fünfzehn Jahren nicht auf Rosen gebettet gewesen ist und daß er sich auch jetzt nicht über Mangel an Schwierigkeiten beklagen kann. Aber das ist für uns kein Grund zur Entmutigung. Im Gegenteil! Wir sind fest entschlossen, die Schwierigkeiten zu meistern und hoffen, daß uns dies mit etwas Bergmannsglück auch gelingt. (Schluß)



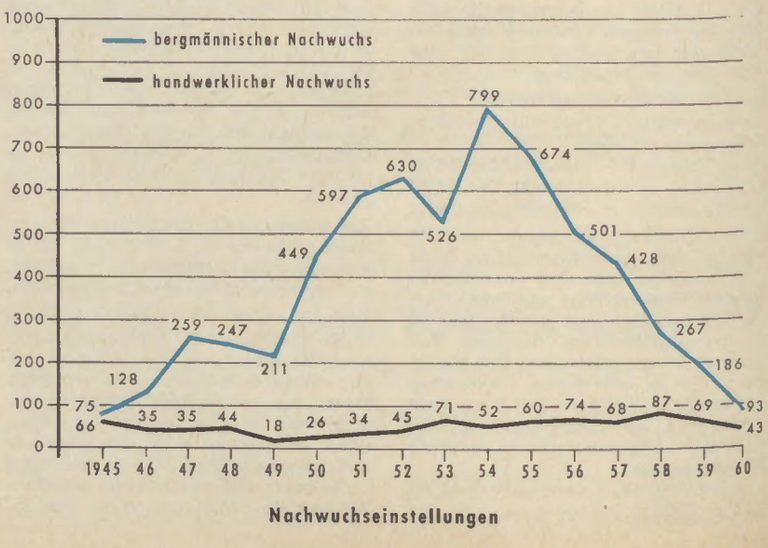
Belegschaftsentwicklung



▲ Das im Jahre 1951 errichtete Berglehrlingsheim in der Osterfelder Kapellenstraße. Insgesamt verfügt unser Bergbau heute über mehr als 1000 Heimwohnplätze.



◀ Der Gesunderhaltung der Bergbaubelegschaft dienen das Gesundheitshaus der Zeche Sterkrade (unser Bild) und das Ambulatorium in der Schwarzwaldstraße.



Nachwuchseinstellungen

thyssenkrupp Corporate Archives

Warum nicht Aktionär werden?

Volksaktien erleichtern es – Aktuell: Vergünstigungen für VW-Aktien

In Kürze können Sie Aktionär werden — wenn Sie es nicht schon sind! Zum zweitenmal erleichtert die Bundesregierung dem „kleinen Mann" den Erwerb von Aktien. Diesmal sind es die Aktien des Volkswagenwerkes, die vornehmlich den Beziehern niedriger Einkommen zu einem günstigen Kurs angeboten werden.

Aktien, Kurse, Börsen sind Begriffe, die noch große Teile unseres Volkes mit gemischten Gefühlen betrachten. Doch zu Unrecht, denn die Börse ist nichts Geheimnisvolles. Sie ist nichts anderes als ein Markt für Aktien und festverzinsliche Wertpapiere, und zwar ein Markt, der strengen Regeln unterliegt, über deren Einhaltung staatliche Aufsichtsbehörden wachen: Nur über Banken können die Kauf- und Verkauf-Aufträge an die Börse gegeben werden, wobei vereidigte Makler die Kurse — Kaufpreis für den einen, Veräußerungserlös für den anderen — ermitteln.

Aktien sind Wertpapiere, die ihrem Eigentümer einen Teil an einem Unternehmen verbriefen. Wer also Anfang des neuen Jahres Aktien der Volkswagenwerk AG zeichnet, wird Miteigentümer des VW-Werkes, der größten europäischen Automobilfabrik. Der Aktionär nimmt dann Anteil am geschäftlichen Erfolg des Werkes, denn bei günstiger Entwicklung steigen die Erträge, die nach Ablauf jedes Geschäftsjahres als Dividende an die Aktionäre verteilt werden. Aktien von Gesellschaften, die eine günstige Geschäftslage aufweisen und entsprechend hohe Dividenden zahlen können, sind naturgemäß begehrt. Für sie muß ein höherer Kurs gezahlt werden als für Unternehmen mit weniger guten Ertragsaussichten.

Es wäre falsch, zu verschweigen, daß Aktien auch ein Risiko in sich tragen. Ist nämlich die Geschäftslage eines Unternehmens schlecht, dann sinken die Erlöse, und die Dividende wird herabgesetzt; ein Kursrückgang wird die Folge sein.

Dem Kursrisiko steht die Kursgewinn-Chance gegenüber. Werfen Sie einmal einen Blick auf ein Kursblatt früherer Jahre: Im Durchschnitt sind die Aktien inzwischen auf ein Mehrfaches gestiegen. Seit Ende 1957 hat sich das durchschnittliche Kursniveau etwa vervierfacht. Bei einzelnen Werten — wie Daimler-Benz und NSU — ist die Steigerung noch größer. Das sind zwar Ausnahmen, doch kann man allgemein feststellen, daß sich die Geldanlage in Aktien gelohnt hat. Selbst wer erst im Laufe des vergangenen Jahres in Aktien „einstieg", hat heute wesentlich höheres Vermögen. Die Ursache dieser ansehnlichen Wertsteigerungen ist die gute Konjunkturlage unserer Wirtschaft. Man kann zwar keineswegs damit rechnen, daß die Börsenkurse im bisherigen Ausmaß weiter steigen, doch beurteilt man im allgemeinen die Entwicklung auf weitere Sicht zuversichtlich.

Die Privatisierung des Volkswagenwerkes ist etwas Besonderes, weil „Volksaktien" ausgegeben werden. Wer kann diese Aktien zeichnen? Folgende Voraussetzungen sind zu erfüllen:

- Der Erwerber muß im Inland wohnen.
- Er muß am 15. 3. 1961 das 18. Lebensjahr vollendet haben.
- Das steuerpflichtige Jahreseinkommen 1959 darf bei Unverheirateten 8000 DM und bei Verheirateten 16000 DM nicht übersteigen, wobei das Einkommen beider Ehegatten zusammengezählt wird.

Der Bezeichnung „Volksaktien" entsprechend, erhalten die Bezieher niedriger Einkommen eine ansehnliche Vergünstigung. So wird, wenn das steuerpflichtige Jahreseinkommen (nach Abzug von Kinderzuschlägen und -beihilfen)

bei Unverheirateten bis 6000 DM
bei Ehegatten zus. bis 12000 DM

beträgt, ein Nachlaß von 20 Prozent gewährt. Bei einem Jahreseinkommen bis 8000 bzw. 16000 DM (bei Verheirateten) beträgt der Nachlaß 10 Prozent. Generell erhöht sich die Vergünstigung um weitere 5 Prozent, wenn der Erwerber mehr als zwei Kinder hat, die am 15. 3. 1961 noch keine 18 Jahre alt sind. Da der Ausgabepreis der VW-Aktien bei 350 Prozent liegen wird, ergibt sich bereits bei dem Erwerb einer einzigen 100-DM-Aktie eine Ersparnis von 70 DM im ersten Fall und von 35 DM, wenn das Jahreseinkommen bis 8000 bzw. 16000 DM beträgt. Allerdings muß sich der Erwerber verpflichten, die Aktien innerhalb von zwei Jahren nicht zu verkaufen; andernfalls muß er die Prämie (zuzüglich 7 Prozent) zurückzahlen.

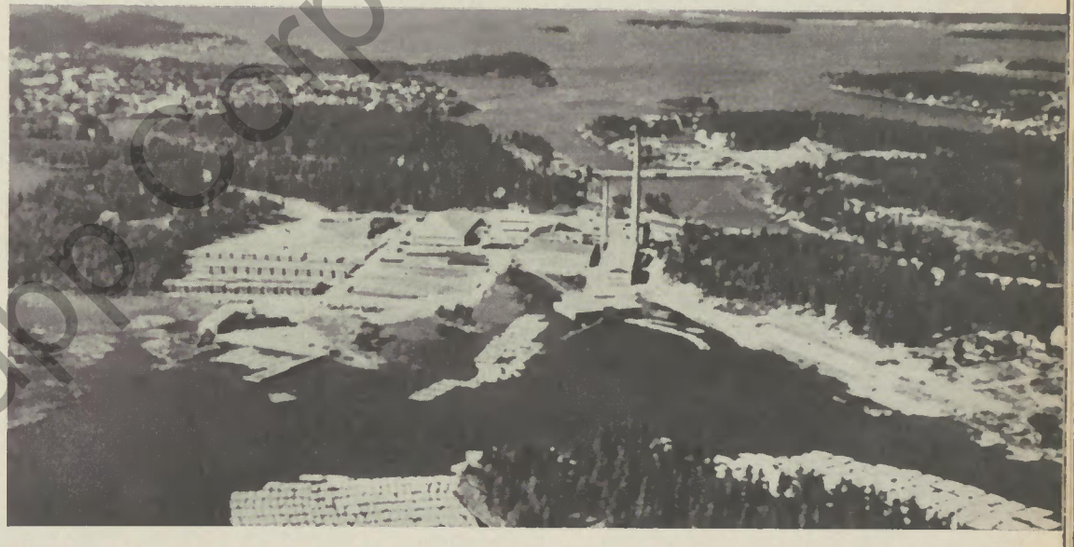
Darüber hinaus kann der Erwerber im Rahmen des Sparprämiengesetzes — wenn die Aktien auf fünf Jahre festgelegt werden — eine weitere Prämie von 20 Prozent beanspruchen. Man sieht, das Angebot ist für den „kleinen Mann" sehr interessant.

Wie wir schon sagten, ist die Privatisierung des Volkswagenwerkes die zweite Aktion zur Ausgabe von Volksaktien. Es liegt nahe, einen Blick zurück auf die vorangegangene Privatisierung der Preußag zu werfen, um festzustellen, ob die Erwerber dieser Aktien zufrieden sein können. Damals gab die Bundesregierung die Aktien zu 145 Prozent an die Bezieher ab. Inzwischen haben sie einen Kurs von mehr als 250 Prozent erreicht. In Kürze rechnet man mit einer Kapitalaufstockung, die den Aktionären ein günstiges Bezugsrecht bringt: sie können auf zwei alte Preußag-Aktien jeweils eine dritte zu einem niedrigen Preis — voraussichtlich zu 160 Prozent — beziehen. Wer das Bezugsrecht nicht ausüben will, kann es an der Börse verkaufen; er hat so ebenfalls einen zusätzlichen Vorteil. Auch die in diesem Jahr von 7 auf 8 Prozent erhöhte Dividende dürfte zur Zufriedenheit der Preußag-Aktionäre beigetragen haben.

Infolgedessen ist es nicht verwunderlich, daß sich bei den Kreditinstituten schon viele Interessenten vormerken ließen, um auf diese Weise sicherzustellen, daß sie rechtzeitig mit Informationsmaterial versorgt werden. Insgesamt haben bereits rund 1 Million Sparer durch Vormerkungen ihr Kaufinteresse kundgetan.

Ein Weg zu Europa?

Finnland liegt weit weg und ist — Island ausgenommen — das nördlichste Land der Welt. Geographisch genau gesagt, liegt Finnland zwischen 59°30'10" und 70°5'30" nördlicher Breite und 19°7'3" und 31°35'20" östlicher Länge. Aus diesem Teil Nordeuropas hatten wir einen Gast, der in Nr. 12 der Zeitschrift Gelegenheit hatte, über seinen Deutschlandaufenthalt zu berichten. Hier nun kommt ein HOAG-Mitarbeiter zu Wort, der die Sprachstudentin aus dem Land der Tausend Seen bei sich zu Hause im Familienkreis erlebte.



Das Land der Wälder und der Tausend Seen nennen wir Finnland. Die Heimat unserer Werkstudentin Tuovi Vaahtera ist jedoch auch das Land der Papiermühlen und Zellulosefabriken. Sie liegen inmitten des Reichtums von Holz und Wasser, dem billigen Transportmittel für die Baumstämme. Unser Foto zeigt eine Zellulosefabrik in der Nähe der mittelfinnischen Stadt Savonlinna

Bisher hörte man wenig über Besuche aus den nordeuropäischen Ländern; das ist vielleicht damit begründet, daß der Norden unseres Erdteils an landschaftlichen Reizen dem Süden nicht nachsteht. Unsere Mitmenschen in jenen Landen trachten zunächst ihr Heimatland gründlich kennenzulernen. Erst dann kommen die Schönheiten fernerer Landstriche als Urlaubsziele an die Reihe.

Wer von uns kennt schon die Welt im Lichte der Mitternachtssonne? Wer das faszinierende Schauspiel des Naturphänomens Nordlicht? Wir alle wissen von der Existenz Finnlands, vielleicht auch noch, daß Helsinki die Hauptstadt ist, die Hauptexportgüter Holz und Holzprodukte sind und im Norden des Landes die Lappen wohnen. Aber wer kennt schon den Beethoven Finnlands, Jean Sibelius, einen wahren europäischen Sinfoniker! Wem ist bekannt, daß ein Deutscher, Friedrich Pacius, im Jahre 1848 die finnische Nationalhymne vertonte?

Die deutsch-finnischen Beziehungen sind bereits mehrere hundert Jahre alt. Sie sind zurückzuführen auf die Initiative der deutschen Hanse im Mittelalter. In der nachfolgenden Zeit war es der für beide Seiten fruchtbringende Gedankenaustausch auf allen kulturellen Gebieten. Auch heute hegen viele Finnen für Deutschland freundschaftliche Gefühle und nehmen regen Anteil am Geschehen in der Bundesrepublik.

Ein bekannter Psychologe urteilt über die Finnen: „Der Finne ist keine ‚einfache' Natur, jedoch verläßlich und getreu; ganz besonders aber hält er auf seine Ehre und sein Ansehen." Zum letzteren ein Beispiel: Sowohl Finnland als auch Deutschland haben als besiegte Völker zwei Kriege hinter sich gebracht. Es besteht jedoch ein wesentlicher Unterschied zwischen beiden Nationen im Wiederaufbau nach der letzten großen Auseinandersetzung: während Westdeutschland anfänglich mit Hilfe der westlichen Welt von vorne begann, standen die vier Millionen Finnen allein, mußten — und wollten — auf sich allein gestellt sein. Hier zeigte sich eine typisch finnische Eigenschaft: das Sisu. Es ist die den Finnen eigene Beharrlichkeit und Verbissenheit, die sich zuweilen bis zum Trotz steigern können.

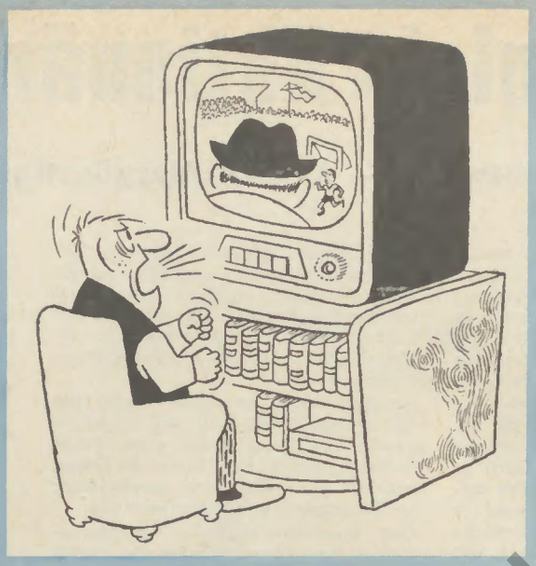
All diese Dinge und vieles andere mehr waren die Punkte der Gespräche, die im Kreise meiner Familie mit der bei der HOAG beschäftigt gewesenen finnischen Sprachstudentin geführt wurden. Es war unser Bestreben, unserem Gast aus Suomi — so heißt Finnland in der Landessprache — einen bleibenden Eindruck deutscher Lebensgewohnheiten und deutscher Wesensart zu vermitteln. Schließlich ist es unausbleiblich, daß die Eindrücke, die Nicht-Deutsche hier sammeln, mitbestimmend für ein Urteil über Deutschland und seine Menschen sind und das Verhältnis ihres Heimatlandes und des Gastlandes zueinander zum Guten wesentlich beeinflussen können. Wichtig vor allen Dingen war und ist die Anbahnung des Kontaktes von Mensch zu Mensch, im erweiterten Sinne von Land zu Land und schließlich und endlich vom geographischen zum vereinten Europa.

Tief beeindruckt waren gewiß beide Seiten von der harmonischen Atmosphäre, in der dieser Besuch verlief, und es ist wahrlich geglückt, das gegenseitige Interesse nicht nur gezeigt, sondern für künftige Begegnungen mit Gästen aus anderen Ländern gewekt zu haben. Sollte dies das Fazit sein, so bleibt nur zu wünschen und zu hoffen, daß die Werksleitung gegebenenfalls nicht nur mir, vielmehr auch anderen interessierten Mitarbeitern Gelegenheit gibt, in dieser Art Menschen und Länder verbindende Beziehungen — sprich „human relations", nicht „public relations" — anzubahnen und zu vertiefen.

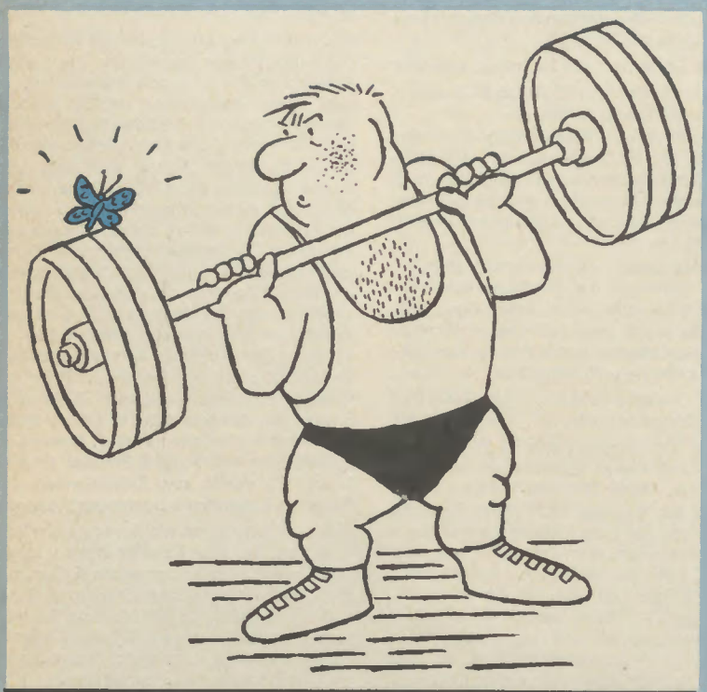
Helmut Mettler

Einem Teil unserer Ausgabe liegt ein Merkblatt der Verkaufsanstalten Oberhausen GmbH bei.

Thyssen Krupp Corporate Archives



„He, Sie blöder Kerl, nehmen Sie gefälligst Ihren Hut ab!"



Ein kleiner Ärger wiegt zwar nicht, er stört jedoch das Gleichgewicht!



„Gratuliere auch noch zu der klotzigen Gehaltserhöhung."

„Hat dich der Meister auch so zusammengestaucht wie mich?"
„Ne,
mir hat er die Hammelbeine langgezogen."



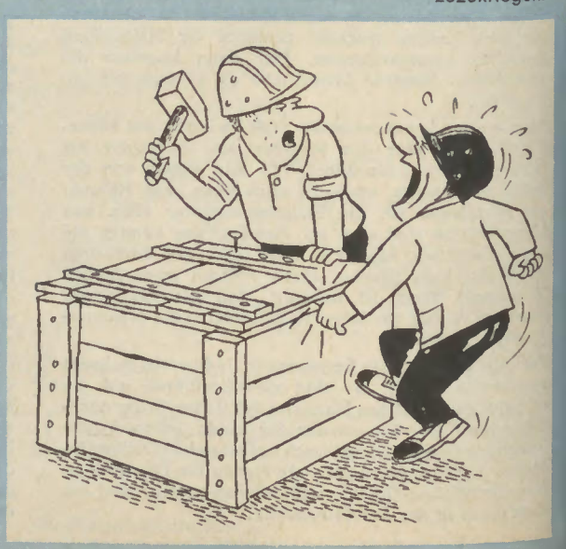


„Da kommt Vater nach Haus. Sicherlich hat er wieder Ärger im Betrieb gehabt."

„Statt so zu brüllen, solltest du mir lieber helfen, die verdammte Kiste zuzukriegen."



„Das Gespräch ist für Sie!"



thyssenkrupp Corporate Archives